

No. 32857

**GERMANY
and
REPUBLIC OF MOLDOVA**

**Agreement concerning trans-frontier movement of persons
and goods by road. Signed at Bonn on 11 October 1995**

Authentic texts: German and Moldovan.

Registered by Germany on 22 May 1996.

**ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA**

**Accord relatif au transport routier international de voya-
geurs et de marchandises. Signé à Bonn le 11 octobre
1995**

Textes authentiques : allemand et moldove.

Enregistré par l'Allemagne le 22 mai 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN PERSONEN- UND GÜTERVERKEHR AUF DER STRASSE

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Moldau -

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien die Beförderung von Personen und Gütern im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter sowie mit Personenkraftwagen auf Rechnung Dritter (z. B. Taxen und Mietwagen). Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrem Wohnort, werden als "Sonderformen des Linienverkehrs" bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(5) Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Die Anträge sind mit einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums dieser Vertragspartei dem Verkehrsministerium der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrtstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und

Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke und zuständige Behörden werden erforderlichenfalls in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission erarbeitet.

(6) Bei Pendelverkehren im Sinne des Absatzes 1 führen die Unternehmen eine Fahrgastliste mit, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von deren Grenzbehörden abzustempeln ist.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist

unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Zweck der Reise (Beschreibung);
3. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
4. Ausgangs- und Zielort der Fahrt und Herkunftsland der Reisegruppe;
5. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
6. Daten der Hin- und Rückfahrt mit Angabe, ob Hin-/Rückfahrt besetzt oder leer erfolgen soll;
7. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
8. Amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre werden in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

Nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Unternehmen genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Die Genehmigung berechtigt nicht, Personen zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orte zu befördern (Kabotagever-

bot). Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Vertragsunternehmer aus dem Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien einsetzen. Sie brauchen in der Genehmigung nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Genehmigung mit sich führen.

Güterverkehr

Artikel 7

Vorbehaltlich des Artikels 9 bedürfen Unternehmer des Güterkraftverkehrs und des Werkverkehrs für Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei (Wechselverkehr) sowie im Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für jede Beförderung eine Genehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei.

Artikel 8

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.

(2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort seiner Zulassung.

(3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtgenehmigung).

(4) Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat sind grundsätzlich nur

zulässig, wenn dabei das Hoheitsgebiet, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf verkehrsüblichem Weg durchfahren wird, oder wenn dafür nach Maßgabe des Artikels 17 besondere Genehmigungen erteilt worden sind.

(5) Unternehmer einer Vertragspartei dürfen keine Güter zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orten (Binnenverkehr) befördern.

(6) Für den nach diesem Abkommen durchgeführten Güterverkehr sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß [CMR].

Artikel 9

(1) Keiner Genehmigung bedürfen Leerfahrten und die Beförderung von:

1. Gegenständen oder Material ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut);
2. Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen;
3. beschädigten Lastkraftfahrzeugen (Rückführungen);
4. Leichen;
5. Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichts der Anhänger, 6 t oder deren zulässige Nutzlast, einschließlich der Nutzlast der Anhänger, 3,5 t nicht übersteigt;
6. Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern und solchen zur humanitären Hilfeleistung mit besonderem Nachweis;
7. lebenden Tieren;
8. Umzugsgut (Hausrat)

(2) Die nach Artikel 17 gebildete Gemischte Kommission kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf Fahrzeuge, die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zugelassen sind, hinsichtlich der höchstzulässigen Gewichte und Abmessung keine ungünstigeren Regelungen anzuwenden, als auf die bei ihr zugelassenen Fahrzeuge.

(2) Wenn Gewicht oder Abmessungen des Fahrzeugs oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zulässigen Grenzwerte überschreiten, und gegebenenfalls bei der Beförderung von Gefahrgut, ist eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei erforderlich. Dabei können Verkehrsbeschränkungen oder bestimmte Verkehrswege vorgeschrieben werden.

Artikel 11

(1) Die für Unternehmer der Republik Moldau erforderlichen Genehmigungen werden durch das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und vom Ministerium für Verkehrswesen der Republik Moldau oder den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das Ministerium für Verkehrswesen der Republik Moldau erteilt und von dem Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 12

(1) Die nach Artikel 17 gebildete Gemischte Kommission legt unter Berücksichtigung des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der für jede Vertragspartei jährlich zur Verfügung stehenden Genehmigungen fest.

(2) Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Maßgabe des Artikels 17 geändert werden.

(3) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der Gemischten Kommission festgelegt.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 13

Die nach diesem Abkommen erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in diesem Abkommen geregelten Fahrten im Fahrzeug mitzuführen, auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen und zur Prüfung auszuhändigen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 14

(1) Die Unternehmer jeder Vertragspartei sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers und seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht oder gegen die

Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Absatz 2 Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die Verkehrsministerien beider Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe von Artikel 15 über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 15

Der Schutz der übermittelten personenbezogenen Daten richtet sich unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften nach den folgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Polizei- oder Grenzschutzbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der Übermittelnden Behörde erfolgen.
4. Die Übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und die Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der unrichtigen Daten oder die Vernichtung der unter ein Übermittlungsverbot fallenden Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die Übermittelnde Behörde weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die Übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
8. Beide Behörden sind verpflichtet die Übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, für Beförderungen im Sinne von Artikel 1 den Einsatz von lärm- und schadstoffarmen sowie von Fahrzeugen mit moderner Ausrüstung der fahrzeugtechnischen Sicherheit zu fördern.

(2) Die Einzelheiten werden in der nach Artikel 17 gebildeten Gemischten Kommission festgelegt.

Artikel 17

Vertreter der Verkehrsministerien beider Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission. Sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung dieses Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

Artikel 18

Die Verkehrsministerien der Vertragsparteien teilen sich gegenseitig die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5, 10, 11 und 14 mit.

Artikel 19

Dieses Abkommen berührt nicht die Pflichten der Vertragsparteien aus anderen internationalen Übereinkünften, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, das Abkommen vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anzuwenden.

(3) Das Abkommen bleibt solange in Kraft, bis es von einer Vertragspartei schriftlich gekündigt wird. Im Fall der Kündigung tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu *Bonn* am *11. Oktober 1995*
in zwei Urschriften, jede in deutscher und moldauischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung
der Republik Moldau:



[MOLDOVAN TEXT — TEXTE MOLDOVE]

ACORD ÎNTRE GUVERNUL REPUBLICII MOLDOVA ȘI GUVERNUL REPUBLICII FEDERALE GERMANIA CU PRIVIRE LA TRANSPORTURILE RUTIERE INTERNAȚIONALE DE PERSOANE ȘI MĂRFURI

Guvernul Republicii Moldova
și
Guvernul Republicii Federale Germania,

avînd intenția de a reglementa și a dezvolta transporturile rutiere internaționale de persoane și mărfuri,

au convenit asupra celor ce urmează:

Articolul 1

Prezentul Acord reglementează, în conformitate cu legislația internă a Părților Contractante, transporturile rutiere internaționale de persoane și mărfuri între Republica Moldova și Republica Federală Germania, precum și cele de tranzit prin aceste state de către întreprinzători, care au dreptul de a efectua asemenea transporturi pe teritoriile statelor lor.

TRANSPORTUL DE PERSOANE

Articolul 2

(1) Transportul de persoane, în sensul prezentului Acord, este transportul de pasageri și al bagajelor acestora cu autobuze, pe cont propriu sau pe contul unor terțe persoane, precum și cu autoturisme pe contul unor terțe persoane (de exemplu, taxi sau un autovehicul închiriat). Aceasta este valabil și pentru curse fără pasageri efectuate în legătură cu asemenea prestații de transport.

(2) Autobuze se consideră autovehicule care prin construcția și echipamentul lor sunt adecvate și destinate transportului a mai mult de nouă persoane (inclusiv șoferul). Autoturisme se consideră autovehicule, care prin construcția și echipamentul lor sunt adecvate și destinate transportului a cel mult nouă persoane (inclusiv șoferul).

Articolul 3

(1) Transportul de linie este transportul regulat de pasageri pe o anumită rută de transport conform unor orare, tarife și condiții de transport stabilite și publicate în prealabil, în cadrul cărora pasagerii pot urca și coborâ la anumite puncte de oprire dinainte stabilite. Aceasta este valabil și pentru transporturile care se îndeplinesc, în principiu, ca și transporturi de linie.

(2) Transporturi de linie, în sensul prezentului Acord, se consideră, de asemenea, independent de cine stabilește desfășurarea curselor, și transporturile regulate ale anumitor categorii de persoane, alți pasageri fiind excluși, în măsura în care caracteristicile transportului de linie, menționate în alineatul 1, sunt îndeplinite. Aceste transporturi, mai ales transporturile de muncitori spre locul de muncă și de acolo înapoi spre domiciliu, poartă denumirea de "forme speciale ale transportului de linie".

(3) Transporturile de linie în traficul bilateral sau de tranzit necesită autorizația autorităților competente ale ambelor Părți Contractante. Autorizația se eliberează, de comun acord, în conformitate cu legislația în vigoare a Părții Contractante respective. Autorizația poate fi eliberată pe un termen de până la cinci ani.

(4) Modificările itinerarului, ale punctelor de oprire, orarelor, tarifelor și condițiilor de transport necesită aprobarea prealabilă a autorităților competente ale celor două Părți Contractante. Aceeași prevedere este valabilă și pentru suspendarea funcționării liniei.

(5) Cererile pentru organizarea unui transport de linie, precum și cererile conform alineatului 4, urmează a fi depuse la autoritățile competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia se află sediul întreprinderii respective. Cererile, împreună cu avizul Ministerului Transporturilor al respectivei Părți Contractante, vor fi transmise direct Ministerului Transporturilor al celeilalte Părți Contractante.

(6) Cererile conform alineatelor 4 și 5 trebuie să conțină, în special, următoarele date:

1. Numele și prenumele sau firma și adresa completă a întreprinderii;
2. Felul transportului;
3. Durata solicitată de valabilitate a autorizației;

4. Perioada de funcționare și numărul de curse (de ex. zilnic, săptămânal);
5. Orarul;
6. Traseul exact (punctele de oprire pentru preluarea și debarcarea pasagerilor/alte puncte de oprire/punctele de trecere a frontierei);
7. Lungimea liniei în kilometri; cursa dus/întors;
8. Lungimea traseului zilnic;
9. Duratele de condus și de odihnă ale șoferilor;
10. Numărul de locuri în autobuzele care urmează a fi utilizate;
11. Tarifele și condițiile de transport.

Articolul 4

(1) Transportul navetă este prestația de transport în cadrul căreia grupuri de pasageri, formate în prealabil, sunt transportate în mod repetat dus/întors din aceeași zonă de plecare spre aceeași zonă de destinație. Aceste grupuri formate din pasageri, care au efectuat cursa dus, vor fi transportate înapoi la punctul de plecare cu o cursă ulterioară. Zonă de plecare și zonă de destinație se consideră locul de începere a călătoriei și locul de destinație a acesteia, precum și localitățile situate pe o rază de 50 km. În afara prestației de transport trebuie să fie inclusă și cazarea, cu sau fără masă, la punctul de destinație și, dacă este cazul, în timpul călătoriei. Prima cursă întors și ultima cursă dus din cadrul transporturilor navetă trebuie să fie curse fără pasageri.

(2) Includerea unei prestații de transport în categoria de transport navetă nu este afectată dacă, cu acordul autorităților competente ale Părții Contractante respective sau al ambelor Părți Contractante, spre deosebire de prevederile alineatului 1, pasagerii efectuează cursa întors cu un alt grup.

(3) Transporturile navetă necesită, în fiecare caz în parte, autorizația autorităților competente ale celeilalte Părți Contractante. Cererea privind eliberarea autorizației urmează a fi depusă direct la autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante cu cel puțin 60 de zile înainte de începerea transportului.

(4) Cererile de autorizație pentru transportul navetă, în conformitate cu alineatul 3, trebuie să conțină, în afara datelor menționate în articolul 3 alineatul 6, și datele caracteristice ale călătoriei, numărul de curse, precum și date privitoare la localitatea și hotelurile sau alte locuri de cazare a pasagerilor în timpul aflării lor, precum și durata aflării.

(5) Principiile, ce stau la baza procedurii de acordare a autorizațiilor pentru transportul navetă, formularele de autorizație, precum și autoritățile competente vor fi stabilite, dacă este cazul, de către Comisia mixtă constituită conform articolului 17.

(6) În cadrul transporturilor navetă, în sensul alineatului 1, întreprinzătorii vor avea asupra lor o listă a pasagerilor care, la sosirea pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, urmează să fie ștampilată de către organele de frontieră ale respectivei Părți Contractante.

Articolul 5

(1) Transportul ocazional este transportul, care nu poate fi considerat transport de linie, în sensul articolului 3 alineatul 1, și nici transport navetă, în sensul articolului 4.

(2) Transporturile ocazionale efectuate ca trafic bilateral sau de tranzit nu necesită autorizație, în cazul în care:

a) transporturile se realizează cu un autovehicul care transportă pe întreaga rută același grup de pasageri, pe care îl readuce la punctul de plecare (călătorie în circuit cu ușile închise);

sau

b) transporturi în cadrul cărora sunt preluați pasageri la cursa de dus, iar cursa întors se face fără pasageri (cursă întors fără pasageri);

sau

c) transporturi fără pasageri, pentru a prelua și a readuce la punctul de plecare un grup de pasageri care a fost transportat anterior de același întreprinzător în cadrul unui transport conform literei (b).

(3) În cadrul transporturilor ocazionale este interzisă atât imbarcarea cât și debarcarea pasagerilor pe traseu, decât dacă autoritățile competente ale Părții Contractante respective permit aceasta.

(4) Transporturile ocazionale, care nu corespund prevederilor alineatului 2, necesită, în fiecare caz, autorizația autorității competente ale celeilalte Părți Contractante. Cererea de eliberare a autorizației urmează a fi depusă direct la autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante cu cel puțin patru săptămâni înainte de începerea transportului.

(5) Cererile, în conformitate cu alineatul 4, trebuie să conțină, în special, următoarele date:

1. Numele și prenumele sau firma și adresa completă a întreprinderii și, eventual, a organizatorului călătoriei (touring-operator), din dispoziția căruia a fost organizat transportul;
2. Scopul călătoriei (descriere);
3. Statul în care se constituie grupul de pasageri;
4. Punctul de plecare și punctul de destinație a călătoriei și țara de origine a grupului de pasageri;
5. Traseul cu punctele de trecere a frontierei;
6. Datele calendaristice ale cursei dus/întors cu specificarea, dacă cursa dus/întors se efectuează cu sau fără pasageri;
7. Duratele de condus și de odihnă ale șoferilor;
8. Numerele de înmatriculare și numărul de locuri ale autobuzelor care urmează a fi utilizate.

(6) Documentele supuse controlului pentru transporturile ocazionale care nu necesită autorizație vor fi convenite de Comisia mixtă constituită potrivit articolului 17.

Articolul 6

Autorizațiile acordate în conformitate cu articolul 3 alineatul 3, articolul 4 alineatul 3, articolul 5 alineatele 3 și 4 pot fi folosite numai de întreprinderea căreia acestea i-au fost eliberate. Este interzisă atât transmiterea autorizațiilor către o altă întreprindere, cât și folosirea lor, în cazul transportului ocazional, pentru alte autovehicule, decât cele indicate în autorizație. Autorizația nu dă dreptul de a transporta pasageri între două puncte situate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante (interdicție de cabotaj). În cadrul unui transport de linie întreprinzătorul, căruia i s-a eliberat o autorizație, poate recurge la prestații ale unor întreprinzători contractuali de pe teritoriul uneia dintre cele două Părți Contractante. Numele acestora nu trebuie să figureze în autorizație, ei sunt însă obligați să aibă asupra lor o copie a acesteia legalizată de autoritățile competente.

TRANSPORTUL DE MĂRFURI

Articolul 7

Sub rezerva articolului 9, întreprinzătorii de transport auto de mărfuri și de transporturi între sediile aceleași întreprinderi necesită pentru fiecare transport în parte efectuat între teritoriul unde este înmatriculat autovehiculul utilizat și teritoriul celeilalte Părți Contractante (trafic bilateral), precum și pentru traficul de tranzit pe teritoriul unei Părți Contractante autorizația autorităților competente ale acestei Părți Contractante.

Articolul 8

(1) Autorizația se eliberează întreprinzătorului. Ea este valabilă numai pentru acesta și nu este transmisibilă.

(2) Este necesară o autorizație pentru fiecare autocamion și pentru fiecare vehicul tractor. Ea este, de asemenea, valabilă pentru remorca sau semiremorca însoțitoare, indiferent de locul unde acestea au fost înmatriculate.

(3) În cadrul traficului bilateral și de tranzit o autorizație este valabilă pentru un număr nelimitat de curse în perioada de timp stabilită în autorizație (autorizație valabilă pentru o anumită perioadă de timp) sau pentru una sau mai multe curse dus/întors în decursul perioadei de timp stabilite în autorizație (autorizație valabilă pentru un anumit număr de curse).

(4) Transporturile între teritoriul celeilalte Părți Contractante și un al treilea stat nu sunt, din principiu, admise decât dacă teritoriul, în care este înmatriculat autovehiculul, este tranzitat în cadrul itinerarului normal, sau dacă pentru aceste transporturi s-a eliberat o autorizație specială în conformitate cu Articolul 17.

(5) Întreprinzătorii ai unei Părți Contractante nu au voie să transporte mărfuri între două localități situate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante (transporturi interne).

(6) Pentru transporturile auto de mărfuri, efectuate în conformitate cu prezentul Acord, sunt necesare scrisori de trăsură, care să corespundă modelului utilizat pe plan internațional (CMR).

Articolul 9

(1) Nu necesită autorizație cursele fără încărcătură și transportul de:

1. obiecte sau materiale destinate exclusiv scopurilor de reclamă și informare (de ex. mărfuri pentru târguri și expoziții);
2. aparatură și echipament pentru sau de la locurile de reprezentații teatrale, muzicale, cinematografice, sportive și de circ, precum și pentru sau de la locurile de înregistrări radio, cinematografice sau de televiziune;
3. camioanele avariate (returnarea lor);
4. cadavre;
5. mărfuri cu autovehicule ale căror greutate totală admisibilă, inclusiv greutatea totală a remorcilor, nu depășește 6 tone sau a căror sarcină utilă admisibilă, inclusiv cea a remorcilor, nu depășește 3,5 tone;
6. medicamente, aparate și echipamente medicale, precum și alte mărfuri destinate acordării de prim ajutor în cazuri de stringentă necesitate (în deosebi catastrofe naturale) precum și a acordării de ajutor umanitar, destinație ce trebuie atestată pe bază de documente speciale;
7. animale vii;
8. bunuri de strămutare (obiecte de uz casnic).

(2) Comisia mixtă, constituită în conformitate cu articolul 17, este în măsură să scutească și alte categorii de transport de obligația de a fi autorizate.

Articolul 10

(1) Părțile Contractante își iau angajamentul de a nu aplica față de autovehiculele înmatriculate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante reglementări mai puțin favorabile în ceea ce privește greutatea și dimensiunile maxime admise, decât cele aplicate față de autovehiculele înmatriculate pe propriul teritoriu.

(2) În cazul, în care greutatea sau dimensiunile autovehiculului sau ale încărcăturii depășesc limitele admise pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, și, eventual, la transportul de mărfuri periculoase este necesară o autorizație specială din partea autorităților competente ale acestei Părți Contractante. Totodată se pot prevedea restricții de circulație sau rute obligatorii.

Articolul 11

(1) Autorizațiile necesare întreprinzătorilor din Republica Moldova vor fi acordate de Ministerul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania și emise de Ministerul Transporturilor și Gospodăriei Drumurilor al Republicii Moldova sau de autoritățile însărcinate de acest minister.

(2) Autorizațiile necesare întreprinzătorilor din Republica Federală Germania vor fi acordate de Ministerul Transporturilor și Gospodăriei Drumurilor al Republicii Moldova și emise de Ministerul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania sau de autoritățile însărcinate de acest minister.

Articolul 12

(1) Comisia mixtă, constituită în conformitate cu Articolul 17, stabilește, ținând cont de comerțul exterior și de traficul de tranzit, contingentul de autorizații, ce stă anual la dispoziția fiecărei Părți Contractante.

(2) Contingentul de autorizații convenit poate fi, dacă este cazul, schimbat în conformitate cu Articolul 17.

(3) Conținutul și forma autorizațiilor vor fi stabilite de către Comisia mixtă.

PREVEDERI GENERALE

Articolul 13

Pe parcursul tuturor curselor, reglementate prin prezentul Acord, autorizațiile, documentele supuse controlului sau alte documente de transport, necesare conform prevederilor prezentului Acord, trebuie să se afle la bordul autovehiculului. Ele trebuie prezentate, la cerere, spre examinare, reprezentanților autorităților de control competente. Documentele supuse controlului trebuie completate integral înainte de începerea cursei.

Articolul 14

(1) Întreprinzătorii fiecărei Părți Contractante sunt obligați să respecte prevederile, în vigoare pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, ale legislației privind transporturile și autovehiculele, precum și reglementările vamale în vigoare.

(2) În cazul unor grave sau repetate încălcări ale legislației în vigoare pe teritoriul celeilalte Părți Contractante sau ale prevederilor prezentului Acord de către un întreprinzător și de personalul acestuia, care asigură transportul, autoritățile competente ale Părții Contractante, pe teritoriul căreia este înmatriculat autovehiculul, la sesizarea autorităților competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia a avut loc încălcarea, vor adopta una dintre următoarele măsuri:

- a) avertizarea întreprinzătorului răspunzător privind obligativitatea respectării regulilor în vigoare (avertisment);
- b) suspendarea temporară a dreptului de circulație;
- c) suspendarea eliberării de autorizații către întreprinzătorul răspunzător sau retragerea unei autorizații deja acordate pentru perioada în care autoritățile competente ale celeilalte Părți Contractante i-au suspendat temporar dreptul de circulație.

(3) Măsura prevăzută în alineatul 2 litera b) poate fi adoptată și direct de autoritățile competente ale Părții Contractante pe teritoriul căreia a avut loc încălcarea.

(4) În conformitate cu articolul 15 Ministerele Transporturilor ale ambelor Părți Contractante se informează reciproc privind măsurile adoptate.

Articolul 15

Respectând prevederile legale în vigoare ale fiecărei Părți Contractante, protecția datelor transmise referitoare la persoane fizice are la bază următoarele prevederi:

1. Utilizarea datelor de către destinatar este admisă numai în scopul indicat și în condițiile stabilite de autoritatea care le transmite.

2. Destinatarul informează, la cerere, autoritatea care transmite datele despre utilizarea datelor transmise și rezultatele obținute pe baza lor.

3. Date referitoare la persoane pot fi transmise numai organelor de poliție sau de controlul frontierei. Transmiterea lor mai departe către alte autorități nu este admisă decât cu acordul prealabil al autorității care le transmite.

4. Autoritatea care transmite datele poartă răspunderea pentru corectitudinea datelor transmise, precum și pentru necesitatea și oportunitatea transmiterii în conformitate cu scopul urmărit prin transmiterea acestora. În acest context, trebuie respectate interdicțiile în vigoare, conform legislației naționale respective, privind transmiterea de date. În cazul în care se constată că au fost transmise date incorecte sau date a căror transmitere este interzisă, faptul trebuie adus neîntârziat la cunoștința destinatarului. Acesta este obligat să corecteze sau să distrugă datele incorecte, sau să distrugă datele a căror transmitere este interzisă.

5. La cererea persoanei în cauză, aceasta trebuie informată asupra datelor deținute privitoare la persoana sa, precum și a scopului folosirii acestora. Nu există obligația de a da informații dacă, prin comparație, interesul public de a nu elibera informații precumpănește asupra interesului persoanei în cauză de a obține informații. De altfel, dreptul persoanei în cauză de a obține informații asupra datelor existente referitoare la persoana sa este reglementat de legislația națională a Părții Contractante pe teritoriul căreia se solicită informația.

6. La transmiterea datelor, autoritatea care efectuează transmiterea atrage atenția asupra termenilor de radiere a acestora, valabile în conformitate cu legislația din țara sa. Independent de aceste termene datele referitoare la persoane se vor radia, de îndată ce nu mai sunt necesare scopului pentru care au fost transmise.

7. Autoritatea care transmite datele și cea care le primește sunt obligate să înregistreze în formă documentară transmiterea și recepționarea datelor referitoare la persoane.

8. Ambele autorități au obligația de a asigura protecția eficace a datelor referitoare la persoane contra accesului neautorizat, al modificării neautorizate și al difuzării neautorizate.

Articolul 16

1. Părțile Contractante convin de comun acord să promoveze în cadrul transporturilor, realizate în sensul articolului 1, utilizarea de autovehicule cu zgomot și emisii de substanțe poluante reduse, precum și de autovehicule cu dotare tehnică modernă care să garanteze siguranța circulației.

2. Detaliile vor fi stabilite de către Comisia mixtă constituită în conformitate cu articolul 17.

Articolul 17

Reprezentanții Ministerelor Transporturilor ale celor două Părți Contractante constituie o Comisie mixtă. Aceasta se întrunește, la cererea uneia din Părțile Contractante, pentru a asigura aplicarea prevederilor prezentului Acord. Dacă va fi cazul, Comisia mixtă va elabora, cu participarea altor organe competente, propuneri privind adaptarea prezentului Acord la evoluția transporturilor și la modificări ale prevederilor legale.

Articolul 18

Ministerele Transporturilor ale Părților Contractante se informează reciproc în privința autorităților competente în conformitate cu articolele 3, 4, 5, 10, 11 și 14.

Articolul 19

Prezentul Acord nu afectează obligațiile Părților Contractante care rezultă din alte acorduri de drept internațional, inclusiv obligațiile ce revin Republicii Federale Germania ca membru al Uniunii Europene.

Articolul 20

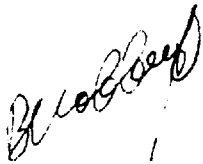
(1) Prezentul Acord intră în vigoare la o lună după data înștiințării reciproce a Părților Contractante, prin note, despre îndeplinirea condițiilor interne pentru intrarea în vigoare a Acordului.

(2) Părțile Contractante au convenit să aplice prezentul Acord, temporar, începând cu data semnării.

(3) Acordul rămâne atâta timp în vigoare, până când una din Părțile contractante notifică în scris celeilalte Părți Contractante denunțarea sa. În cazul denunțării, Acordul își va înceta valabilitatea după șase luni de la primirea denunțării de către cealaltă Parte Contractantă.

Încheiat la Bonn la data de 11 octombrie în două exemplare originale, fiecare în limbile moldovenească și germană, ambele texte având aceeași valabilitate.

Pentru Guvernul
Republicii Moldova:



Pentru Guvernul
Republicii Federale Germania:

